

Klotz für Baba

Ein kolossales „Deutsch-Japanisches Center“ in Düsseldorf soll Engagement und Prestige der fernöstlichen Konkurrenz zur Schau stellen.

Es darf alles heißen — nur nicht „Japan-Center“, mit dieser geholperten Schlagzeile lud das japanische Großunternehmen Marubeni Enterprises in der Düsseldorfer Lokalpresse zu einem Preisausschreiben ein.

Gesucht wurde der Name für ein Bauprojekt, das Japans Bonn-Botschafter Tsuneaki Keda bei der Grundstein-Zeremonie vor zwei Jahren als „Symbol deutsch-japanischer Zusammenarbeit“ empfahl und der Düsseldorfer Bürgermeister Bruno Reht als „städtebauliche Bereicherung“ begrüßte.

Nun erhebt sich die Bereicherung, deren festliche Eröffnung bevorsteht: als aluminiumbeschichteter Betonklotz an der Immermannstraße, nahe dem Hauptbahnhof, neun Etagen hoch über 9000 Quadratmeter Grund, obendrauf ein Penthouse-Schwimmbad — eine Trade-Trutzburg der japanischen „Trevira-Ameisen“ (Lokalspott) in der Landeshauptstadt.

Bislang war Japans Wirtschaft auf gemietete Unterkünfte angewiesen. Nun, mit dem Prestigebau in Düsseldorf, dessen Kosten von 180 Millionen Mark teils durch eine Landesbürgerschaft (50 Millionen) abgesichert wurden, demonstrieren die Asiaten dauerhaftes Engagement gegen die ganze



Radio-Luxemburg-Chef Graas (2. v. l.): Lizenzantrag für ein Reklamefernsehen

doppelt so viele Franzosen ein wie „France-Inter“, Frankreichs meistgehörten Rundfunksender. Weil nun auch noch „Europa 1“ mit gut einer Million Zuhörer (täglich mindestens eine Viertelstunde) die 680 000 Hörer des werbefreien Pariser Staatssenders überbietet, wurde Ende Mai dessen gesamtes Programm umgekrempelt. Devise: runter mit dem Niveau.

In Saarbrücken wußten die kommerziellen Sprüchemacher sehr wohl, wo sie am ehesten an den Drücker kommen könnten. RTL-Graas gründete in der Anwaltskanzlei von Rudolf Heimes, Landesschatzmeister der Saar-CDU, mit zunächst 250 000 Mark Grundkapital seine Aktiengesellschaft für Privates Neues Fernsehen (Aufsichtsratsmitglied: Heimes). Und auch „Europa 1“ ficht mit Vorstandsmitglied Julius von Lautz, vormals CDU-Justizminister in Saarbrücken, gut bestückt um die Fernsehlizenz für den Felsberg.

Die Konzessionsvergabe ist Sache des Landes. Anders als in anderen Bundesländern, wo die Landtage abstimmen müssen, kann in Saarbrücken das CDU/FDP-Kabinett allein entscheiden. Landeschef Franz Josef Röder (CDU) will denn auch, „nach dem Grundsatz der Unverzüglichkeit“ und „ohne schuldhaftes Zögern“, nichts anbrennen lassen.

Bonn könnte sich nur noch querlegen, wie es das Ende der fünfziger Jahre schon einmal tat: Damals pochte das Postministerium auf sein technisches Monopol für Sendeanlagen und verlangte von den Franzosen die Demontage der Felsberg-Antennen.

Doch was damals schließlich der Rücksicht auf nachbarliche Beziehungen entsprang, bewirkt diesmal offenbar die veränderte Rechtslage. Im Gegensatz zur Hörfunkwelle, die „Europa 1“ einst ungenehmigt in Betrieb nahm, liegt für den Fernsehkanal 39 längst — seit 1961 — die internationale Genehmigung zum Sendebeginn vor.

Bonn bleibt also kaum Spielraum für ein Veto, falls das Saar-Kabinett ein Kommerzprogramm erlaubt. „Wir haben“, sprach Postminister Kurt Gscheidle (SPD), „hier nur eine dienende Funktion.“



Japanisches Restaurant in Düsseldorf: 200 Nippon-Firmen am Ort

* Mit Fernsehmitarbeitern an einem Telephoncomputer für Zuschauer-Anrufe.

EG-Konkurrenz — wie in noch keiner anderen Stadt Europas.

Denn Düsseldorf übt immer stärkere Anziehungskraft auf fernöstliche Firmen aus: Rund 200 japanische Unternehmen, Organisationen und Banken haben sich hier schon etabliert, zwei Dutzend weitere in nächster Umgebung, und in Düsseldorf residiert auch die einzige japanische Handelskammer in Europa.

Viele Nippon-Filialen waren zunächst eher nach Hamburg oder Frankfurt orientiert. Aber Hiroichi Baba, Präsident der Marubeni Deutschland GmbH, rühmt den „Standortvorteil“ Düsseldorfs mit direkten Flug-, Eisenbahn- und Autobahn-Verbindungen etwa nach Paris und Brüssel, Amsterdam und Rotterdam.

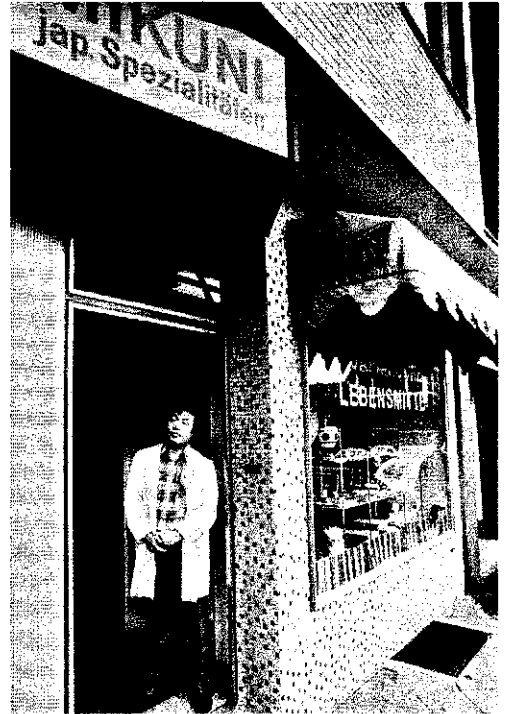
Deshalb entschloß sich auch der Marubeni-Konzern für den stattlichen Stützpunkt am Rhein. Mit 125 Niederlassungen in allen Erdteilen ist Marubeni viertgrößtes japanisches Handelsunternehmen für Im- und Export von Maschinen und Metallen, Chemikalien und Textilien, Unterhaltungselektronik und Nahrungsmittel, Öl und Gas. Nun



Bibliothek

Allerdings soll das „Nikko“ mit seinen drei Restaurants, darunter ein typisch japanisches, vor allem die Besucher aus der fernen Heimat anlocken. Die finden damit künftig in Düsseldorf — wie bis jetzt nur in Paris — eine nach Sprache und Speisen vertraute Spesen-Herberge, samt Spezialitäten wie Fitneßzentrum, Massage und Sauna, und auch einen Düsseldorfer Stadtplan in japanischer Sprache.

Freilich wird der Mammutbau von Marubeni, zu dessen Einweihung sich NRW-Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, Bundeswirtschaftsminister



Spezialitäten-Geschäft



Handelszentrum

Japan-Kolonie in Düsseldorf: „Wir hier am schönen Rhein“

sollen, schmeichelt Baba, in einer „Stadt mit Charakter und einer Stätte der Begegnung“ blumige Innenhöfe und Bummelpassagen noch zu Kontakt und Kommerz beitragen.

Neben der Bank of Tokyo, rund zwanzig Ladengeschäften und zahlreichen Firmenbüros — siebzig Prozent der Fläche sind bis jetzt vermietet — betreiben die Japan Air Lines (JAL) in dem Marubeni-Bau ein Hotel „Nikko“ mit 301 Zimmern, dessen Preise nach Düsseldorfer Top-Niveau angesetzt wurden: Einzelzimmer 100 bis 155, Doppel 145 bis 200 Mark, Apart-

ments — einige in japanischem Stil — 280 bis 400 Mark, dazu eine „Präsidenten-Suite“ für knapp 800 Mark die Nacht, ohne Geishas freilich.

Zum Verdruß des Düsseldorfer Hotelgewerbes, das ohnehin jeden Zimmerzuwachs beklagt, hat sich das Unbehagen des kommunalen Fremdenverkehrsamtes und der Messeleitung gesellt: Das japanische Hotel schafft kaum Abhilfe von der Dauer-Misere, daß während der Messe- und Modeveranstaltungen keine und vor allem keine preisgünstigen Quartiere verfügbar sind, daß aber vorher und nachher reichlich teure Hoteletagen leerstehen.

Graf Lambsdorff und weitere Prominenz aus Stadt und Land angesagt haben, dadurch auch die freiwillige Isolierung fördern, derer sich die Japaner in Düsseldorf ohnehin befließen.

Zwar leben in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt 4300 Männer, Frauen und Kinder aus dem fernöstlichen Land. Aber die größte Nippon-Kolonie nach San Francisco bleibt unter sich — mit japanischem Friseur und japanischer Buchhandlung, mit japanischem Priester und japanischen Lebensmittelgeschäften, mit Restaurant und Reisebüro.

Die japanischen Eltern lesen außer Tageszeitungen aus Tokio auch ein japanisches Monatsblatt, das vom Inhaber der Japan-Buchhandlung für seine Landsleute vor Ort herausgegeben wird und auch Düsseldorfer Dönekens und lokale Informationen enthält.

520 japanische Kinder besuchen eine japanische Schule im Stadtteil Oberkassel, und bei Beginn des Schuljahres

singen sie, was sie deutsch im schuleigenen Sprachlabor gelernt haben: „Wir hier am schönen Rhein, am deutschen Rhein, er soll unsere Heimat sein.“

Das kann wohl nur für die jungen Japaner gelten, denn die Erwachsenen tun sich schwer mit der Sprache ihres Gastlandes. Die Ehefrauen können sich mit deutschen Nachbarinnen allenfalls durch Handzeichen verständigen, die Männer beherrschen oft nur ein paar deutsche Brocken für Gesprächspräzise, bei denen Englisch mit Asien-Akzent das wichtigste Kommunikationsmittel ist.

Solche Spracharmut bewirkte wohl auch, daß der Koloß von Marubeni, der keinesfalls „Japan-Center“ heißen sollte, nun offiziell trotz fehlender deutscher Komponente „Deutsch-Japanisches Center“ getauft wurde, nach der gleichnamigen neuen Trägerfirma, deren Stammkapital wiederum zu 75 Prozent von Marubeni gehalten wird.

Das beste Beispiel für sprachliche Isolation bietet Hausherr und Marubeni-Direktor Baba selbst. Obwohl er den Konzern-Ableger in Düsseldorf schon seit sechs Jahren leitet, ist er der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig.

BUNDESWEHR

Befehl und Gehorsam

Weniger Theorie, mehr Truppe — nach dieser Formel will Verteidigungsminister Hans Apel die Offiziersausbildung an den Bundeswehr-Hochschulen verbessern. Doch Professoren und Studenten wehren sich.

Der neue Verteidigungsminister war erst sieben Wochen im Amt, da wußte er schon, was seinem mit Waffenkäufen vollbeschäftigten Vorgänger Georg Leber in fünfeinhalb Jahren auf der Hardthöhe offensichtlich entgangen war: daß es mit der Offiziersausbildung in der westdeutschen Streitmacht nicht gerade zum besten steht.

Die Bundeswehr-Hochschulen, so belehrte Hans Apel im vergangenen April seine verdutzten Generäle, müßten endlich aus den Schlagzeilen heraus. Sie dürften sich weder zu „Militärakademien noch zu Allerweltshochschulen“ entwickeln. Die neue Marschrichtung des Ministers für die studierenden Soldaten: weniger Theorie, mehr Truppe.

Zwei Monate später legte der neue Stellvertretende Generalinspekteur Johannes Poeppel seinem Oberbefehlshaber auf einer Abteilungsleiterkonferenz ein neues Konzept vor, mit dem das Soldatische an den Bundeswehr-Hochschulen gestärkt werden soll.

Kernpunkt des Poeppel-Programms: eine strengere Dienstaufsicht über die

Offizier-Studenten, knappe militärische Beurteilungen, klare Vorschriften für den Vorlesungs- und Seminarbesuch und schließlich sogar eine „Umzäunung“ der Hochschulen, um eine „Personenkontrolle zu erleichtern“.

Doch Hans Apel konnte sich für die neuen Kadettenanstalten seines Generals nicht ganz erwärmen. Wenngleich der ungediente Minister, der bar jeder militärischen Vorbildung ist, zunehmend Gefallen an den Lagevorträgen der Militärs findet — von Poeppels Reformideen mochte er nur zwei aufgreifen:

- ▷ Künftig müssen die jungen Offiziersanwärter vor Beginn des Studiums neun bis zwölf Monate — statt wie bisher sechs — bei der Truppe Dienst tun;



Studien-Reformer Poeppel
Das Soldatische stärken

- ▷ an die Regelstudienzeit von drei Jahren soll ein zusätzliches Prüfungssemester angehängt werden.

Für beide Vorschläge gibt es gute Gründe: Die künftigen Truppenführer kennen heute, wenn sie zu ihren Einheiten kommen, fast nur Hörsäle und Studierstuben (36 Monate Hochschule, 18 Monate Offiziersschule), nicht aber den Truppenalltag.

Apel: „Als 25jähriger Oberleutnant hat der junge Mann dann noch immer nicht gelernt, wie sich der normale Wehrpflichtige wirklich fühlt und welche Probleme er hat. Er ist stets und ständig Schüler und Student gewesen.“ Auch die Studiendauer ist, wie Vergleiche mit den Universitäten ergeben haben, zu knapp bemessen. Offizier-Studenten müssen in neun Trimestern packen, wofür ihre zivilen Kommilitonen vier bis fünf Jahre brauchen.

Der harte Leistungsdruck erzeugt ständigen Streß, den viele der militärischen Hochschüler durch übermäßigen Alkoholkonsum zu mildern suchen.

Über alle anderen Punkte des Poeppel-Papiers aber, so befand der Minister, müsse noch einmal eingehend mit den Betroffenen nach der Sommerpause diskutiert werden — auch über die Frage, ob die Studenten Uniform tragen müssen, wie die Generäle es wünschen.

Bei Professoren und Studenten hat sich inzwischen der Widerstand schon formiert. Auf Kritik stößt vor allem der Generalvorschlag, daß nur noch solche Hochschullehrer an die Soldaten-Unis berufen werden sollen, die „aller Voraussicht nach die Gewähr bieten, dem Berufsfeld des Offiziers zumindest aufgeschlossen gegenüberzustehen“.

Derartige Postulate, so fürchten Schüler und Lehrer an den Bundeswehr-Hochschulen, könnten die freie Forschung und Lehre beeinträchtigen und dafür sorgen, daß schließlich nur noch Staats- und Militärtreues gelehrt wird.

Um in der Debatte mit der Generalität und dem Minister nicht mit leeren Händen dazustehen, gründeten der Münchner Bundeswehr-Professor Klaus von Schubert und sieben seiner Kollegen einen Fachbereich „Sozialwissenschaften“ und entwarfen ein erziehungs- und gesellschaftspolitisches Anleitstudium, das schon Hochschul-Initiator Helmut Schmidt angeregt, das aber in den fünf Jahren seit Bestehen der Militär-Unis ein Schatten-dasein geführt hatte.

In zwei Wochenstunden soll den Studenten nun neben Fachwissen auch politische Bildung vermittelt werden. Für 1978 stehen 38 Vorlesungen über die „Deutsche Teilung“ auf dem Lehrplan, für 1979 das Thema „Militarismus“.

In den Prüfungen soll dann, nach Schuberts Vorstellungen, nicht „Stoff“, sondern „Problemwissen“ kontrolliert werden. Das neue Studienprogramm sei als „Anleitung zu rationalem politischem Denken und Handeln“ zu verstehen. Der Professor: „Wir müssen daran denken, daß die besten unter unseren heutigen Studenten im Jahre 2000 Generale sein werden.“

Der Parlamentarische Staatssekretär Andreas von Bülow, Apels Beauftragter für politische Bildung, ist zwar überzeugt, daß die Bundeswehr mit ihren Reformplänen in der Offiziersausbildung auf „dem richtigen Weg“ ist. Aber er fürchtet auch, daß ihm und seinem Minister da noch viele Auseinandersetzungen ins Haus stehen.

Von Bülow: „Die Professoren haben Angst, daß sich der Einfluß der Militärs mit dem Prinzip von Befehl und Gehorsam in den Hochschulen einnisten könnte.“